

Gysi im Gespräch auf dem Strausberger Friedensfest 2013

Gysi bedauerte, dass der diesjährige Wahlkampf müde und emotionslos ist. Ihm erscheint das mediale Interesse an der Bundestagswahl eher gering. Nur wenig Gelegenheit wird geboten, im direkten Duell mit den Kandidaten der anderen Parteien in Meinungsstreit zu treten. Bedeutungslos ist die Wahl in jedem Fall nicht, so Gysi. Sollte die Chance bestehen, durch eine Mehrheit links der Regierungsparteien CDU/CSU und FDP einen politischen Wechsel im Land herbeizuführen, wird die SPD in Erklärungsnot geraten, die Gelegenheit nicht wahrzunehmen. Denn sie betont bei jeder Gelegenheit, eine Zusammenarbeit mit der Linkspartei komme für sie nicht in Frage. Dabei verlangt Gysi nicht mehr als dass die SPD wieder sozialdemokratisch wird. Denn das ist sie, gemessen an ihrer Politik, schon lange nicht mehr. Beispiele gibt es dafür genügend. So wurde unter Führung der SPD der Spitzensteuersatz gesenkt, Hartz 4 eingeführt und auch das Rentensystem deutlich verschlechtert. Die Folge sind eine starke Ausweitung des Niedriglohnssektors, die Zunahme von Armut und eine wachsende Gefahr von Altersarmut.

Was Steuergerechtigkeit betrifft, so hat die Linkspartei Vorschläge eingebracht. Reichensteuer und Anhebung des Spitzensteuersatzes auf ein Niveau, wie es zu Kohls Zeiten war, sind die Forderungen im Kern. Gysi ist es leid, ansehen zu müssen, wie Reiche sich ihrer Steuerpflicht entziehen. Einer Steuerflucht könne relativ einfach begegnet werden, indem die Steuerpflicht an die Staatsbürgerschaft gekoppelt wird. So funktioniert das in den USA. In Deutschland reagiert man auf einen solchen Vorschlag mit dem Argument, es wäre zu bürokratisch. In einem Gespräch wünschten Vertreter der US-amerikanischen Regierung dem linken Politiker Gysi Erfolg mit seiner Initiative, dem Vorbild der USA zum Durchbruch zu verhelfen, was schon sehr merkwürdig klingt. Die USA sind das einzige Land, in dem die Steuerpflicht an die Staatsbürgerschaft gebunden ist. Da wäre es gegenüber Kritikern in den USA nur gut, würde ein zweites großes Land in gleicher Weise handeln.

Dietmar Barkusky